



DER PRÄSIDENT
DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT
LANDTAG DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Haus der Bürgerschaft
Postfach 10 69 09
28069 Bremen

Telefon 04 21/361 - 12 400
Telefax 04 21/361 - 12 403

Datum: 11. November 2010

An den
Präsidenten des Senats
Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen
Rathaus
28195 Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 75. Sitzung am 10. November 2010 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:
 1. Verfehlung der Leistungsziele Arbeitsplatzschaffung und -sicherung, Flächenvermarktung, Akquisition und Besuchergewinnung durch die bremische Wirtschaftsförderung
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. Juni 2010
(Drucksache 17/1320)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 3. August 2010
(Drucksache 17/1377)
 2. Bericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts "Stopp der Jugendgewalt" vorlegen
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 11. Juni 2010
(Drucksache 17/1332)
 3. Inklusionspädagogen an Gymnasien und Oberschulen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. Oktober 2010
(Drucksache 17/1474)
2. Tag der Deutschen Einheit in Bremen
Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 27. September 2010
(Drucksache 17/1455)

Dieser Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

3. Fragestunde

1. Wie weiter mit den Waffen?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2010
2. Waffenabgabe
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Oktober 2010
3. Impfstoff gegen Schweinegrippe
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 4. Oktober 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

4. Polizeieinsatz während der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 4. Oktober 2010

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

5. Drohender Wegfall der mündlichen Zollanmeldung
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Oktober 2010
6. Erzieherinnenmangel
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Dr. Oliver Möllenstädt und Fraktion der FDP vom 19. Oktober 2010
7. Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Dr. Oliver Möllenstädt und Fraktion der FDP vom 19. Oktober 2010
8. Teilnahme an Integrationskursen nach § 44 Aufenthaltsgesetz
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 19. Oktober 2010
9. Vermietung von öffentlich finanzierten Räumen zu kreationistischen Missionsveranstaltungen
Anfrage des Abgeordneten Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. Oktober 2010
10. Herzinfarktrisiko in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. Oktober 2010
11. Chapter des Motorradclubs Mongols in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 27. Oktober 2010

12. Schulkinowoche in Bremen und Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karin Krusche, Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. November 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

4. Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

5. Einheitsfeier nicht aus Bildung finanzieren - Umlagefinanzierung zurücknehmen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 1. November 2010
(Drucksache 17/1497)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

6. Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010
Mitteilung des Senats vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1429)
2. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1509)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2010.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Nachtragsproduktgruppenhaushalt für das Jahr 2010.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 in zweiter Lesung in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

7. Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010
Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1527)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

8. Abfallsammlung bürgerfreundlich gestalten - kommunale Steuerung erhalten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 2. Juni 2010
(Drucksache 17/1318)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei den kommenden Beratungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes im Bundesrat dafür einzusetzen, dass im Sinne der Daseinsvorsorge die Kommunen unmissverständlich die vollständige Verantwortung für die Sammlung sämtlicher Abfälle aus privaten Haushalten erhalten.

9. Innovationen fördern - Bremen zur Pilotregion für Elektromobilität ausbauen
Antrag der Fraktion der CDU vom 8. Juni 2010
(Drucksache 17/1319)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

10. Elektromobilität im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 9. Juni 2010
(Drucksache 17/1327)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. August 2010
(Drucksache 17/1388)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

11. Elektromobilität im Land Bremen fördern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 22. September 2010
(Drucksache 17/1451)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept mit Strategien zur Partizipation an der wachsenden Zukunftstechnologie Elektromobilität zu erarbeiten, das beschreibt, wie die Elektromobilität in Bremen unter Berücksichtigung der Entwicklung der regionalen Wertschöpfung gefördert werden und welche Rolle die Elektromobilität auch in der langfristigen Perspektive über 2020 hinaus spielen soll.

Die planerische Förderung von Elektromobilität soll dabei systematisch mit der Weiterentwicklung der Energieversorgung verknüpft werden und u. a. folgende Punkte umfassen:

1. Wirtschaftliche und Arbeitsmarktpotenziale für Bremen und Bremerhaven und die Metropolregion Bremen–Oldenburg insgesamt,
2. Unterstützung entsprechender Forschungsvorhaben und Netzwerkbildung zwischen Wissenschaft, lokalen Stromerzeugern, Windenergieanlagenherstellern, Fahrzeugherstellern, Zulieferern, Logistikunternehmen usw.,
3. Einrichten einer Stromversorgungsinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im öffentlichen Raum, z. B. in Parkhäusern und auf öffentlichen Parkplätzen, die sich aus regenerativ erzeugtem Strom speist,
4. Prüfung, ob der Einsatz von besonders CO₂- und schadstoffarmen Fahrzeugen (z. B. entsprechende Elektrofahrzeuge) als Kriterium bei der Ausschreibung von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen herangezogen werden kann,
5. Förderung des Einsatzes von Elektroautos und Elektrofahrrädern bei geeigneten Dienstleistungsbetrieben und Flottenbetreibern und der Verbindung mit Mietmobilität (z. B. Carsharing, Taxiverkehr) durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen,
6. Unterstützung der Verbindung von Elektromobilität und zusätzlichen regenerativen Stromerzeugungskapazitäten u. a. durch Berücksichtigung im Rahmen landesrechtlicher Baubestimmungen und der Aufstellung von Bebauungsplänen (z. B. Fotovoltaikanlagen auf Großparkplätzen),
7. Unterstützung der Entwicklung einer eigenständigen Umweltplakette (Nullemissionsplakette) für Elektroautos in Umweltzonen,
8. Bemühungen auf Bundesebene für befristete, attraktive Investitionshilfen für besonders CO₂- und schadstoffarme Fahrzeuge (insbesondere auch Elektrofahrzeuge) im Rahmen eines Marktanreizprogramms.

12. Elektromobilität - Basis für nachhaltige Mobilität entwickeln
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1519)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

13. Keine rechtsfreien Räume für Rockergruppen - konsequent gegen Rockerkriminalität vorgehen
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. November 2010
(Neufassung der Drs. 17/1427 vom 14. September 2010)
(Drucksache 17/1531)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Grundlage einer Null-Toleranz-Strategie gegen alle Rechtsverstöße aus dem Rockermilieu vorzugehen. Dabei sind sämtliche Möglichkeiten des Straf-, Ordnungs- und

Straßenverkehrsrechts konsequent zu nutzen. Insbesondere im Bereich von Menschenhandel und Zwangsprostitution ist daneben konsequent, entsprechend des Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag) vom 26. August 2010, auch durch gewerberechtliche und steuerrechtliche Maßnahmen gegen Mitglieder von Rockergruppen als Zuhälter und Bordellbetreiber vorzugehen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, keine kooperativen Absprachen mit Hells Angels oder anderen Rockergruppen zu treffen, deren Mitglieder durch kriminelle Handlungen in Erscheinung treten und durch konsequentes Handeln klarzustellen, dass es im Land Bremen für Rockergruppen keine rechtsfreien Räume gibt.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, hinsichtlich der Rockerclubs, deren Mitglieder verstärkt durch kriminelle Handlungen in Erscheinung treten, die Möglichkeit von Vereinsverboten zu prüfen und das dafür notwendige Tatsachenmaterial kontinuierlich zu sammeln.

14. Vierzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
Mitteilung des Senats vom 20. April 2010
(Drucksache 17/1261)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Vierzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge Kenntnis.

15. Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2010
(Drucksache 17/1372)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

16. Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum Entwurf des Vierzehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag - 14. RfÄStV), Mitteilung des Senats vom 20. April 2010 (Drs. 17/1261) sowie zum Entwurf eines Gesetzes zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2010 (Drs. 17/1372), vom 15. Oktober 2010
(Drucksache 17/1482)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Ausführungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

17. Farbschmierereien an öffentlichen Gebäuden umgehend beseitigen - Täter konsequent abschrecken
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 9. Juni 2010
(Drucksache 17/1326)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

18. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2010
(Drucksache 17/1350)
1. Lesung
2. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. August 2010
(Drucksache 17/1410)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 3 beigefügten Fassung.

19. Räumliche Beschränkungen für Flüchtlinge und Asylsuchende im Land Bremen aufheben
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. Juni 2010
(Neufassung der Drs. 17/1354 vom 16. Juni 2010)
(Drucksache 17/1357)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. August 2010
(Drucksache 17/1401)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, in welchen Bereichen das Land Bremen Handlungsspielräume für in Bremen und Bremerhaven lebende Asylsuchende zur Lockerung der Residenzpflicht

bestmöglich ausschöpfen kann und der staatlichen Deputation für Inneres über das Ergebnis zu berichten,

2. sich auf Bundesebene für eine Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende sowie grundsätzlich für geduldete Ausländerinnen und Ausländer einzusetzen. Wohnsitzbeschränkungen bleiben im Interesse einer ausgewogenen Verteilung der Asylsuchenden und der Geduldeten auf die Bundesländer möglich.

20. Gut versorgt zu Hause - angemessene Versorgung nach einem Krankenhausaufenthalt
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Juni 2010
(Drucksache 17/1358)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den mit Unterstützung des Bundesgesundheitsministeriums und der Bremer Gesundheitssenatorin eingerichteten Modellversuch zur Haushaltshilfe aktiv zu begleiten,

2. eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu ergreifen, den Anspruch auf häusliche Krankenpflege zur Vermeidung oder Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes so zu erweitern, dass er im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung oder eine ambulante Operation in Anspruch genommen werden kann, bis sich die Patientinnen und Patienten selbst ausreichend versorgen und ihren Haushalt selbstständig führen können,

3. zumindest bei den in Bremen tätigen gesetzlichen Krankenkassen für die Selbstverwaltungsgremien anzuregen, dass eine solche Regelung in der Satzung dieser Krankenkassen gemäß § 37 Abs. 2 SGB V verankert wird.

21. Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2009
vom 5. Juli 2010
(Drucksache 17/1367)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

22. Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009
vom 17. September 2010
(Drucksache 17/1437)

Gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung wird dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2009 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

23. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 21. September 2010
(Drucksache 17/1441)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

24. Erstes Gesetz zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 21. September 2010
(Drucksache 17/1442)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

25. Gesetz zur Änderung der Sondervermögensgesetze Wirtschaft und Häfen
Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2010
(Drucksache 17/1471)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 4 beigefügten Fassung.

26. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38
vom 5. Oktober 2010
(Drucksache 17/1473)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

27. Bericht des Petitionsausschusses
vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1500)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

28. Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über den Eigenbetrieb GeoInformation Bremen Eigenbetrieb des Landes Bremen und zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010
(Drucksache 17/1477)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 5 beigefügten Fassung.

29. Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (Landeshaushaltsordnung - LHO)
Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010
(Drucksache 17/1478)
1. Lesung
2. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1529)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 6 beigefügten Fassung.

30. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur Bundesratsinitiative "Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2011 (HBeglG 2011)" - Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen
Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010
(Drucksache 17/1483)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

31. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur Bundesratsinitiative "Entwurf eines Gesetzes zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung (Restrukturierungsgesetz)" - Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen
Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010
(Drucksache 17/1484)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

32. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur Bundesratsinitiative "Entwurf eines Gesetzes zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz - GKVFinG)" - Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen
Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010
(Drucksache 17/1485)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

33. Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes
Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2010
(Drucksache 17/1490)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 7 beigefügten Fassung.

34. Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes
Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2010
(Drucksache 17/1491)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 8 beigefügten Fassung.

35. Bremisches Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner und über die europäische Verwaltungszusammenarbeit (BremEAG)
Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2010
(Drucksache 17/1492)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 9 beigefügten Fassung.

36. Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2008
Mitteilung des Senats vom 10. November 2009
(Drucksache 17/991)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

37. Jahresbericht 2010 der Freien Hansestadt Bremen - Land -
Bericht des Rechnungshofs
vom 19. März 2010
(Drucksache 17/1220)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2010 der Freien Hansestadt Bremen - Land - des Rechnungshofs Kenntnis.

38. Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2008 (Mitteilung des Senats vom 10. November 2009, Drs. 17/991) und zum Jahresbericht 2010 des Rechnungshofes vom 19. März 2010 (Drs. 17/1220) vom 1. November 2010
(Drucksache 17/1499)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

39. Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie darauf aufbauender nationaler Förderprogramme
Mitteilung des Senats vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1503)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 10 beigefügten Fassung.

Christian Weber
Präsident

Anlagen